

ANTRAG AUF ABLEHNUNG EINER PFLICHTVERTEIDIGUNG

Rechtlicher Kontext:

gemäß dem Pflichtanwaltsgesetz sind alle registrierten Rechtsanwälte des Staates verpflichtet, im Bedarfsfall eine Pflichtverteidigung zu übernehmen. Eine Ablehnung ist ausschließlich aus triftigen und rechtlich fundierten Gründen zulässig und bedarf der Prüfung und Genehmigung durch das Justizministerium.

Empfänger (Zuständige Behörde):

Justizministerium in Raum 318 (falls gerade keine Sprechstunde ist & Fristgefahr herrscht, bitte bei Polizei in Raum 105 abgeben)

1. Angaben zum ablehnenden Rechtsanwalt*in (Pflichtangaben)

Name, Vorname des Anwalts*in: _____

Geburtsdatum, Klasse: _____

Schülerausweisnummer/Staats-ID: _____

Name der Kanzlei / Arbeitsstelle: _____

Ort der Kanzlei/Arbeitsstelle (Raum): _____

2. Details zum zugewiesenen Verfahren

Aktenzeichen des Falls: _____

Name des zugewiesenen Mandanten (Beschuldigter): _____

3. Detaillierte Begründung des Ablehnungsgesuchs (Zwingend erforderlich)

Bitte legen Sie den wichtigen Grund dar (z.B. schwere Interessenkollision, Befangenheit, nachweisbare akute Überlastung des Kanzleibetriebs):

Erklärung und Unterschrift

Hiermit wird von beiden unterschiedlichen Gefängniswärtern sowie dem Betroffenen bestätigt, dass die Haftzeit ordnungsgemäß erfüllt wurde und alle Angaben richtig sind.

Unterschrift des Rechtsanwalts*in: _____

Ort (Raum): _____ Datum: _____ Uhrzeit: _____